

Im Schatten des Autoritarismus: Geschlechterverhältnisse und Geschlechterpolitik in der Türkei

HÜRCAN ASLI AKSOY

Die Türkei befindet sich seit dem Putschversuch am 15. Juli 2016 im Ausnahmezustand. Präsident Recep Tayyip Erdoğan regiert per Notstandsdekret und seine konservativ-islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP), die seit 2002 an der Macht ist, umgeht mehrere Verfassungsgrundsätze unter dem Vorwand, die nationale Sicherheit im Land garantieren zu wollen. Die AKP-Regierung geht dabei vehement gegen mutmaßliche Anhänger_innen des im US-amerikanischen Exil lebenden Predigers Fethullah Gülen vor, den sie für den Putsch verantwortlich macht. Seit dem gescheiterten Putschversuch wurden mehr als 47.000 Menschen inhaftiert und 125.000 Staatsbedienstete wegen angeblicher Verbindungen zu Gülen suspendiert (Basin Ilan Kurumu 2017; T24 2017).¹ Zugleich wurde die Presse- und Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt und Aktivist_innen, Politiker_innen und Oppositionellen wurde die Möglichkeit genommen, Protest oder Kritik zu äußern. Angesichts dieser weitreichenden autoritären Kontrolle werden nicht zuletzt auch der Rechtsstaat und seine Institutionen untergraben und damit die Macht der AKP konsolidiert.

Unter diesen Umständen fand am 16. April 2017 das umstrittene Referendum über die Verfassungsänderung statt. Eine knappe Mehrheit (51,4%) stimmte für die Einführung eines Präsidialsystems, das Staatspräsident Erdoğan noch mehr Befugnisse verleihen soll² – allerdings zweifelte die Opposition die Rechtmäßigkeit der Abstimmung an. Sowohl die parlamentarische Opposition als auch die demokratische Zivilgesellschaft sprechen vor diesem Hintergrund von der Etablierung einer autoritären Alleinherrschaft unter Erdoğan. Autoritäre Politiken und Machtansprüche haben erhebliche Konsequenzen für die Geschlechterordnung in der Türkei. Denn im Schatten des Autoritarismus werden nicht nur politische Institutionen, sondern auch soziokulturelle Praktiken und gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse transformiert. Im Folgenden sollen der derzeitige autoritäre Backlash in der Türkei und seine Auswirkungen auf Frauen und Frauenrechte dargestellt werden.

Geschlechterpolitischer Wandel unter der AKP-Regierung

In der Anfangsphase der Regierungszeit der AKP kam es zu einer Reihe von geschlechterpolitischen Reformen in der Türkei. Das neue Zivilrecht (2001), die Reformen im

Arbeitsrecht (2003) und die Schaffung von Familiengerichten (2003) verbesserten den rechtlichen Status von Frauen wesentlich (Aksoy 2014). Mit den Reformen im Strafrecht (2004) wurden viele Bestimmungen, die geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhalteten, aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und die Strafen für sexuellen Missbrauch von Kindern und sexuelle Delikte gegen Frauen angehoben. Im Jahr 2012 wurde das Gesetz (Nr. 6284) zum Schutz der Frauen vor häuslicher Gewalt verabschiedet, das den Staat verpflichtet, effektive Rechtsbehelfe und Schutzmechanismen anzuwenden, um Gewalt gegen Frauen mit strengen Strafen für die Täter zu bekämpfen. Dank der Bemühungen von Frauenrechtsorganisationen sowie durch internationalen Druck (seitens der UN-Women und im Kontext des EU-Beitrittsverhandlungsprozesses) wurde Gleichberechtigung als konkrete geschlechterpolitische Zielsetzung formuliert.

Während zunächst also eine geschlechterpolitisch positive Entwicklung zu beobachten war, begannen in den letzten Jahren Staatspräsident Erdoğan und die AKP-Führer die politische und ökonomische Teilhabe von Frauen über wertkonservative Frauenbilder und rechtliche Regelungen einzuschränken. Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist³, erklärte Erdoğan wiederholt in seinen öffentlichen Reden, dass er nicht an die Gleichheit der Geschlechter glaube. In diesem Sinne führen die AKP-Regierung und ihre NGOs (GONGOs) als Gegenmodell zum Begriff der Gendergleichheit ein Konzept der „Geschlechtergerechtigkeit“ ein, das auf die „komplementäre“ Rolle von Frauen und Männern hinweist und seinen ideengeschichtlichen Ursprung in der traditionellen islamischen Geschlechterordnung hat. Dementsprechend setzt sich Erdoğan für die Stärkung der patriarchalen Familie und die Verfestigung der Mutterrolle für Frauen ein. Wiederholt forderte er Frauen dazu auf, drei Kinder zu bekommen, verurteilte Abtreibungen sowie Kaiserschnitt-Operationen und bezeichnete Geburtenkontrolle als „Verrat“. Im Juni 2016 betonte Erdoğan in seiner Rede vor dem regierungsnahen Verein Frau und Demokratie erneut: „Eine Frau, die sich gegen Kinder entscheidet, ist nur eine halbe Frau.“ (Diken 2016) Zunehmend reichen AKP-Abgeordnete Gesetzesentwürfe ein, die die existierenden Frauenrechte gefährden. Mit solchen patriarchalischen Diskursen und Praktiken versuchen der Staatspräsident sowie AKP-Politiker_innen, die Geschlechterverhältnisse autoritär zu kontrollieren und die patriarchale Geschlechterordnung zu verstärken.

Zudem gelingt es der AKP-Regierung, ihre patriarchalischen Vorstellungen auch für Frauen attraktiv zu machen. Die religiös begründete Sozialpolitik und die islamische Mildtätigkeit fördern eine untergeordnete Rolle von Frauen, diese kann aber gleichzeitig auch zu einem Gefühl von Schutz und Anerkennung führen. Beispielsweise bieten Kommunalverwaltungen unter der AKP soziale und kulturelle Dienstleistungen wie Gesundheitsberatung und Alphabetisierungsklassen für Frauen, Betreuungseinrichtungen und Tutorien für schulpflichtige Kinder oder Konzert- und Kongressbesuche für Frauen an (Kandiyoti 2016, 108). Somit erleben Frauen aus den armen Bevölkerungsschichten durch die Integration ins urbane Leben zum ersten Mal eine Wertschätzung als Staatsbürgerinnen. Wohl auch daher genießt die AKP eine enorme Unterstützung der Wählerinnenschaft.⁴

Dennoch ist das Gesamtbild der Lebenswirklichkeiten von Frauen ambivalent. Dies lässt sich mittels der letzten Global Gender Gap-Studie aus dem Jahr 2016 verdeutlichen (The Global Gender Gap Report 2016). Die moderne, säkulare Türkei landete auf Platz 130 von 146 und lag somit hinter den streng muslimischen Golfstaaten. Nach den neuesten staatlichen Statistiken von 2016 sind zwar einerseits 40% der Universitätsprofessor_innen, 26% der Anwält_innen, 28,7% der Ärzt_innen und 15,6% der Richter_innen Frauen (mehr als in vielen EU-Ländern). Andererseits sind ungefähr 9% der türkischen Frauen Analphabetinnen. Zudem ist die Frauenerwerbsquote mit 30% im Vergleich zu anderen EU-Ländern vergleichsweise niedrig. Darüber hinaus sind Frauen im türkischen Parlament mit 14,7% immer noch unterrepräsentiert.

Gewalt gegen Frauen ist eines der am weitesten verbreiteten Probleme in der Türkei. Frauenrechtlerinnen und Aktivistinnen geben mit Bezug auf Statistiken des Justizministeriums an, dass die Straftaten gegen Frauen in den letzten zehn Jahren um furchterregende 1.400% gestiegen sind. Obwohl die Türkei die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) unterzeichnet und Gesetze zum Schutz der Familie verabschiedet hat, bleibt Gewalt gegen Frauen weiterhin auf der Tagesordnung. Nach den neuesten Zahlen leiden 35,5% der Frauen unter physischer Gewalt. Viele Frauenrechtlerinnen beklagen in ihren öffentlichen Kundgebungen, dass der fehlende politische Willen auf höchster Ebene weitere Änderungen in den Gesetzen verhindere (Aksoy 2014).

Frauensolidarität und Frauenbewegungen im Schatten des Autoritarismus

Trotz Angriffen und Rückschlägen kämpfen die unabhängigen Frauenrechtsorganisationen unterschiedlicher Couleur zusammen gegen den konservativen Geschlechterdiskurs der AKP und versuchen, sich den gegenwärtigen Entwicklungen entgegen zu stellen und die erkämpften Rechte aufrechtzuerhalten. Beim Thema Gewalt gegen Frauen verbünden sich feministische, kurdische, religiöse und säkulare Frauengruppen sowie LGBTI-Organisationen über ideologische und politische Grenzen hinweg. Sie üben unter anderem Druck auf die Gerichte aus, um die bestehende Gesetzgebung auch in der Rechtsprechung umzusetzen. Sie skandalisieren Gerichtsurteile, die z.B. die Mörder oder Vergewaltiger wegen „guten Benehmens“ während des Prozesses freisprechen, um Unrecht an Frauen sichtbar zu machen. Aktivistinnen des einflussreichen Frauenbündnisses „Wir werden Frauenmorde Stoppen-Plattform“ artikulieren öffentlichkeitswirksam gemeinsame feministische Forderungen für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Neben geschlechterpolitischen Themen befassen sie sich kritisch mit Krieg, Nationalismus, Militarismus, Heterosexismus, Neoliberalismus und deren Auswirkungen auf das Leben von Frauen. Sie fordern damit nicht nur den patriarchalen Diskurs der AKP, sondern auch die patriarchalen Strukturen innerhalb anderer politischer oder zivilgesellschaftlicher Bewegungen heraus. Dank der Unabhängigkeit von staatlichen Fördergeldern behalten Frauenor-

ganisationen ihre staatskritische Position und bleiben somit die wirkmächtigsten und schärfsten Kritikerinnen der staatlichen Geschlechterpolitiken.

Mit Blick auf die zukünftigen politischen und genderpolitischen Entwicklungen in der Türkei bleibt zu hoffen, dass die Frauenbewegungen weiterhin an Fahrt gewinnen werden, um die erkämpften Rechte gegen die erstarkenden patriarchalischen Kräfte zu verteidigen und den autoritären Herrschaftsverhältnissen demokratische, geschlechtergerechte, sozial und politisch inklusive Alternativen entgegenzusetzen.

Anmerkungen

- 1 Im Januar 2017 verlautbarte der Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit Mehmet Müezzinoğlu in einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur, dass 125.485 Staatsbedienstete wegen Verbindungen zur Gülen-Bewegung entlassen wurden (Basin Ilan Kurumu 2017). Innenminister Süleyman Soylu hingegen teilte im April 2017 mit, dass bislang insgesamt 47.155 Staatsbedienstete inhaftiert wurden. Darunter sind 10.732 Polizeioffizier_innen, 7.463 Soldat_innen und 168 Generäle, 2.575 Richter_innen und Staatsanwälte_innen und 26.177 zivile Beamte_innen (T24 2017).
- 2 Die Umsetzung des mit dem Referendum angenommenen neuen Systems soll schrittweise erfolgen. Sowohl der Ministerpräsident als auch die Regierung bleiben zunächst im Amt. Erst nach den Wahlen im November 2019 sollen die Ämter des Staats- und Regierungschefs auf den Präsidenten vereinigt werden.
- 3 Artikel 10 der türkischen Verfassung legt z.B. fest: „Männer und Frauen haben gleiche Rechte. Der Staat ist dazu verpflichtet, die Gleichberechtigung zu verwirklichen.“
- 4 Laut der Vorsitzenden der AKP-Frauenstelle Lütfiye Selva Çam ist die Mitgliederzahl der Frauen in der Partei bis Januar 2017 auf 4.308.000 gestiegen (ungefähr 46%); somit hat die AKP den größten weiblichen Mitgliederanteil weltweit (Aksam 2017). Nach eigenen Angaben beträgt die Mitgliederzahl der AKP 9.399.633.

Literatur

Akşam, 2017: AK Parti’li kadınların sayısı 4,5 milyona ulaştı (Die Mitgliederzahl der AKP-Frauen wuchs auf 4,5 Millionen), 15.1.2017. Internet: <http://www.aksam.com.tr/siyaset/ak-partili-kadin-larin-sayisi-45-milyona-ulasi/haber-586188> (17.7.2017).

Aksoy, Hürcan Asli, 2014: Die türkische Frauenrechtsbewegung. In: Dossier Türkei, online Ausgabe Bundeszentrale für politische Bildung. Internet: <http://www.bpb.de/184972> (17.7.2017).

Basin Ilan Kurumu, 2017: FETÖ’den atılan ve açığa alınan memurların sayısı (Die Anzahl der wegen der Fethullah Terror Organisation entlassenen und suspendierten Staatsbeamten), 31.1.2017. Internet: <http://www.bik.gov.tr/fetoden-atilan-ve-aciga-alinan-memurlarin-sayisi/> (17.7.2017).

Diken, 2016: Erdoğan, ‘kadınlığın tanımı’nı da yaptı: Anneliği reddeden kadın eksiktir, yarımdir (Erdoğan definierte auch das ‚Frauensein‘: Eine Frau, die sich gegen Muttersein entscheidet, ist fehlerhaft und halb), 5.6.2016. Internet: <http://www.diken.com.tr/erdogan-kadinligin-tanimi-ni-da-yapti-anneligi-reddeden-kadin-eksiktir-yarimdir/> (17.7.2017).

Kandiyoti, Deniz, 2016: Locating the Politics of Gender: Patriarchy, Neo-Liberal Governance and Violence in Turkey. In: Research and Policy on Turkey, 1 (2), 103-118.

The Global Gender Gap Report, 2016: Internet: http://www3.weforum.org/docs/GGGR16/WEF_Global_Gender_Gap_Report_2016.pdf (17.7.2017).

T24 Online. 2017: FETÖ’ operasyonlarında kaç kişi tutuklandı? (Wie viele Menschen wurden in FETÖ Operationen inhaftiert?), 2.4.2017. Internet: <http://t24.com.tr/haber/feto-operasyonlarinda-kac-kisi-tutuklandi,397075> (17.7.2017).